

**Arbeitsgruppe europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere  
Wirtschaftspolitik in Europa  
- EuroMemo Gruppe -**

***Europäische Integration am Scheideweg:*  
Mehr Demokratie für Stabilität, Solidarität und soziale Gerechtigkeit**

– EuroMemorandum 2012 –

Zusammenfassung

**Die Krise der Europäischen Union spitzt sich zu**

Die Krise innerhalb der Eurozone stellt eine Bedrohung für die weitere europäische Integration dar. Aber anstatt die Macht der Finanzunternehmen, die diese Krise ausgelöst haben, in Frage zu stellen, haben die europäischen Behörden Griechenland und anderen, am Rande der Eurozone gelegenen Ländern Sparprogramme auferlegt und eine zentrale Strategie ausgearbeitet, um in allen Mitgliedsstaaten eine restriktive Haushaltsdisziplin durchzusetzen. Dies droht die demokratische Legitimität der Europäischen Union (EU) zu untergraben.

Aufgrund dieser restriktiven, fiskalpolitischen Maßnahmen ist die Nachfrage in Europa zurückgegangen und Wirtschaftsprognosen sehen für 2012 eine Quasi-Stagnation voraus, die die Schwierigkeiten, denen sich die Defizitländer bei der Bedienung ihrer Schulden gegenüber sehen, weiter verschärfen wird. Auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone Ende Oktober 2011, wurde für Griechenland ein Schuldenerlass in Höhe von 50% entschieden, aber die Panikverkäufe an den Börsen nahmen weiter zu und auch größere Länder, wie Italien, Spanien und Frankreich waren davon betroffen.

Sparprogramme in Osteuropa (Lettland, Rumänien und Ungarn) sowie in den Peripherieländern der Eurozone (Griechenland, Portugal und Irland) haben zu schwerwiegenden Rezessionen und erheblichen finanzpolitischen Kürzungen geführt, die Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte laut werden lassen.

Auch die südöstlichen Nachbarn der EU und die Türkei, die von Kapitalzuflüssen abhängig sind, hat die Krise schwer getroffen. Diese Länder waren, ebenso wie die nordafrikanischen Staaten, durch die EU zur Öffnung ihrer Volkswirtschaften angehalten worden.

Das Wachstum in verschiedenen Ländern der EU, insbesondere in Deutschland, hat von dem starken Aufschwung des weltweiten Handels seit 2010 profitiert. Zusammen mit den in China und Japan erwirtschafteten Überschüssen, hat dieses jedoch zu einer bedenklichen Verstärkung der globalen Ungleichgewichte geführt. Niedrige Zinsen in Europa (und vor allem in den USA) haben in mehreren Ländern mit mittlerem Einkommensniveau zu destabilisierenden Kapitalzuflüssen geführt und deren Wechselkurse in die Höhe getrieben.

Die Katastrophe von Fukushima hat in Deutschland zu einem Wiederaufleben des Atomausstiegsprogramms geführt, ein europaweiter Atomausstieg ist jedoch ausgeblieben. Nach dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz, hat auch die EU versagt, eine adäquate Antwort auf den Klimawandel zu finden. Die landwirtschaftliche Produktion in Europa basiert auf einem gescheiterten Industrialisierungsmodell und wirkt sich nachteilig auf die Umwelt und die sozialen Umstände innerhalb der EU aus. Außerdem untergräbt sie die Fähigkeit der Entwicklungsländer, ihre Bevölkerung selber zu ernähren.

**Eine falsche Politik produziert die falschen Ergebnisse - Kritik an der EU-Politik**

Die EU ist eine adäquate Antwort auf die Krise innerhalb der Eurozone schuldig geblieben. Die vorgeschlagenen Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beruhen auf der irrigen Annahme, dass

die Marktkräfte zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung führen werden, wenn die öffentlichen Defizite in Grenzen gehalten werden. Vor der Krise hatte Deutschland große Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet, wohingegen die hohen Defizite in Südeuropa durch Kapitalzuflüsse finanziert wurden. Die Finanzkrise im Jahr 2008 hat zu einem drastischen Rückgang der privaten Ausgaben geführt und somit eine Erhöhung der Staatsausgaben erforderlich gemacht. Die neue EU-Regelung bezieht sich auf eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik, im Mittelpunkt stehen jedoch die Überwachung wirtschaftlich schwächerer Staaten und die Drohung, diese in allen politischen Belangen vollständig zu entmündigen.

Die europäischen Banken sind von der Krise in der Eurozone direkt in ihrer Existenz bedroht und fahren erhebliche Verluste auf ihre Staatsanleihen ein. Sie haben jedoch massive Lobbykampagnen gegen Finanzreformen gestartet und die moderaten Vorschläge in Bezug auf Derivate und Kapitalanforderungen für Banken erfolgreich verwässert. Die Kommission hat die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen, die jedoch nicht für Devisengeschäfte gilt und von den Schlüsselstaaten abgelehnt wird.

Durch die Krise wurden die divergierenden Produktionsstrukturen innerhalb der EU offengelegt. Die Regionalpolitiken haben sich auf Sachinfrastruktur und Ausbildung konzentriert, der Industriepolitik wurde jedoch keine Beachtung geschenkt, an einer Förderung dieser hat der neomerkantilistische Kern rund um Deutschland keinerlei Interesse. Die EU-Politik tendiert dazu, die bestehende Arbeitsteilung innerhalb Europas zu festigen und durch die den Peripheriestaaten auferlegten Sparprogramme, wird diese Entwicklung in Zukunft weiter zunehmen.

Durch die Volksaufstände in Tunesien und Ägypten ist die Mittelmeerpolitik der EU in die Diskussion geraten. Der Ruf nach Demokratisierung war laut, aber das Wirtschaftsmodell, das zu Armut und Arbeitslosigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung geführt hat, wurde bislang nicht hinterfragt. Währenddessen fördert die EU weiter den freien Handel. Die Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik der Europäischen Union steckt in einer Sackgasse fest: Die Verhandlungen mit der Türkei und den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens machen kaum Fortschritte, und in vielen Mitgliedsstaaten herrscht eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber einer weiteren Erweiterung.

Die Handelspolitik der EU beteuert, die Doha-Runde abschließen zu wollen, hat sich jedoch deutlich auf das Aushandeln von bilateralen Freihandelsabkommen verlagert. Die EU erhöht den Druck auf die Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu unterzeichnen, die weitreichende Zugeständnisse verlangen, um diese Länder für den europäischen Handel und für Investitionen zu öffnen.

Die EU hat zu Unrecht ein militärisches Sicherheitskonzept angewendet, um einen illusorischen Weg aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt für Energie und Rohstoffe zu zeichnen. Das neue Kommissionspapier zum Thema Agrarpolitik macht einen bedeutenden Schritt in Richtung nachhaltige Politik, aber trotz der Anerkennung der sozialen Bedeutung von Arbeitskräften im Agrarsektor werden die Zahlungen nicht nur an aktive Landwirte geleistet.

### **Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Europa stärken**

Die EZB muss unverzüglich als „Kreditgeber letzter Instanz“ (*lender of last resort*) auf dem Anleihemarkt im Euroraum einschreiten, um den Kreislauf von sinkenden Preisen und Panikverkäufen zu durchbrechen. Im Anschluss daran muss das Wachstum des Finanzsektors der vergangenen dreißig Jahre in Punkto Größe und Macht grundlegend rückgängig gemacht werden. Es sollte eine strikte Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken eingeführt werden. Genossenschaftliche, öffentliche und andere gemeinnützige Banken sollten gefördert werden, mit dem Ziel, die Finanzierung von sozial und ökologisch sinnvollen Projekten zu ermöglichen. Die Tätigkeiten von Investmentbanken, Hedgefonds und Private Equity Fonds sollten streng eingeschränkt werden. Derivatgeschäfte sollten größtenteils verboten und alle Wertpapiertransaktionen sollten über eine organisierte Börse abgewickelt werden. Eine Finanztransaktionssteuer sollte eingeführt und auf alle Finanztransaktionen erhoben werden, außerdem sollte eine öffentliche europäische Rating-Agentur geschaffen werden.

Die bestehende Staatsverschuldung kann in ihrer gegenwärtigen Höhe nicht aufrechterhalten werden, insbesondere nicht in Griechenland. Mit Hilfe von Schuldenprüfungen, wie sie erstmals in Ecuador erprobt wurden, sollte festgestellt werden, welche Schulden berechtigt sind und welche Institutionen eine Schuldenabschreibung hinnehmen müssen. In Ländern mit ausgesprochen hoher Staatsverschuldung sollte eine Schuldenreduzierung außerdem durch die Erhebung einer Vermögenssteuer für die sehr Reichen erreicht werden. Um Spekulationsattacken gegen schwächere Staaten vorzubeugen, sollten die Länder der Eurozone die verbleibenden Staatsanleihen gegen europäische Gemeinschaftsanleihen eintauschen, die von den Eurostaaten kollektiv garantiert werden.

Eine gemeinsame Währungspolitik sollte mit einer gemeinsamen Steuerpolitik einhergehen. Diese sollte darauf abzielen, Vollbeschäftigung und gute Arbeit zu fördern. Sparprogramme erschweren die Begleichung von Schulden noch zusätzlich, und Regierungen mit Primärdefiziten sollten Gelder zur Verfügung gestellt werden, um eine Ausweitung zu erleichtern. Ein starkes Programm für öffentliche Investitionen ist erforderlich, vor allem in den Peripherieländern der Eurozone. Für die Finanzierung sollte die Europäische Investitionsbank herangezogen werden, die bereits ermächtigt ist, Optionschuldverschreibungen auszugeben. Anstelle der einseitigen Betonung von Kürzungen der Staatsausgaben, sollte die langfristige Absenkung der Besteuerung hoher Einkommen rückgängig gemacht werden. Verfassungsrechtliche Verbote von Haushaltsdefiziten sind zu restriktiv und somit bedenklich und sollten daher nicht eingeführt werden.

Eine koordinierte, europäische Lohnpolitik sollte sicherstellen, dass der weit verbreitete Rückgang des Lohnanteils am BIP aufgehalten wird, und dass Löhne in Ländern mit niedrigem Einkommen sich denen in Ländern mit hohem Einkommen annähern. Es sollte eine Verringerung der wöchentlichen Regelarbeitszeit auf 30 Stunden eingeführt werden, wodurch zum einen die Arbeitslosigkeit bekämpft und außerdem ein Beitrag zum Aufbau einer Gesellschaft geleistet würde, in der das Leben nicht von der Lohnarbeit dominiert wird.

Anstelle der Sparkurse werden Programme benötigt, die die grundlegenden Strukturprobleme des heutigen Kapitalismus angehen. Die Privatisierungen waren kontraproduktiv und haben zu einer Zwei-Klassen-Medizin geführt und auch die Funktion der öffentlichen Dienste sollte wieder hergestellt werden. Niedriglohnstrategien, die angeblich mehr Wettbewerbsfähigkeit in Entwicklungsregionen bringen sollten, sind gescheitert. Entwicklung sollte stattdessen auf dem Einsatz moderner Technologie basieren und die europäischen Strukturfonds sollten dazu verwendet werden, fortschrittliche produktive Bereiche zu fördern. Um Handelsungleichgewichte abzubauen, sollten die Mitgliedsstaaten sich bemühen, die Zahl ihrer Importe zu verringern, unter anderem durch den Ausbau erneuerbarer Energiequellen. Genossenschaften können bei der Integration wirtschaftlicher und sozialer Ziele eine wichtige Rolle spielen und lokale Produktions- und Konsumstrukturen fördern. Das Konzept der „Flexicurity“ hat zu prekären Beschäftigungsverhältnissen geführt, um diesem entgegenzuwirken, sollten sämtliche Gewerkschaftsrechte wieder hergestellt und ausgeweitet werden. Maßnahmen sollten ergriffen werden, um sicherzustellen, dass Unternehmen nicht mit dem Wettbewerbsdruck aus anderen EU-Ländern argumentieren können, um niedrigere Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu rechtfertigen.

Die EU sollte die Asymmetrien im Hinblick auf ihre Nachbarländer angehen, indem sie asymmetrische Vereinbarungen trifft, die die Nachbarländer begünstigen. Dies sollte sich in einem neuen Ansatz für die Assoziierungsabkommen widerspiegeln, welche diese Verhältnisse regeln. Der freie Handel sollte zugunsten sektoral differenzierter Vereinbarungen mit sehr langen Übergangszeiten aufgegeben werden. Die Nachbarländer sollten den politischen Spielraum behalten, der erforderlich ist, ihre Produktionsstrukturen zu stärken. Die EU-Hilfen sollten auf die Förderung der industriellen Entwicklung ausgerichtet werden.

Anstelle der merkantilistischen Exportstrategie, sollte die EU die Binnennachfrage ankurbeln, um eine größere Zahl importierter Güter und Dienstleistungen aufzufangen. Das vorherrschende Modell der bilateralen Freihandelsabkommen WTO-plus sollte aufgegeben werden, um den Ungleichheiten zwischen den Ländern Rechnung zu tragen. Handelsverzerrende Agrarsubventionen sollten auslaufen

und Forderungen nach der Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen durch Handelspartner sollten fallengelassen werden. Entwicklungspolitiken sollten neu ausgerichtet werden um den Aufbau einer vielfältigen lokalen Wirtschaft zu fördern. Der Aufbau staatlicher Kapazitäten in weniger entwickelten Ländern sollte unterstützt werden.

Die EU könnte einen bedeutenden Beitrag zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung leisten, wenn sie die Initiativen der Mitgliedstaaten für Rio II 2012 koordinieren würde. Dies könnte transnationale Programme für „grüne Arbeitsplätze“ mit einschließen, die ökologische und soziale Bedürfnisse mit Energieeinsparungen verbinden. Die Gemeinsame Agrarpolitik könnte ebenfalls umgestaltet werden, um einen Kompromiss zu erreichen zwischen den politischen Notwendigkeiten, Europäerinnen und Europäer mit hochwertigen und preisgünstigen Nahrungsmitteln zu versorgen, aktive Landwirte zu unterstützen, die das ökologische Gleichgewicht in ihrer Region aufrechterhalten, und um angemessene Preise für landwirtschaftliche Produkte im Handel mit dem Rest der Welt zu fördern.

Weitere Informationen über die EuroMemo Gruppe, die englischsprachige Langfassung des Euro-Memorandums und Übersetzungen in andere europäische Sprachen sind auf unserer Website abrufbar

**[www.euromemo.eu](http://www.euromemo.eu)**